PB.W-01-016

Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Leonhard Schwager (KV Dresden)

Änderungsantrag zu PB.W-01

Von Zeile 15 bis 22:
hart getroffen, einige Sektoren hatten schon zuvor die Transformation verschlafen. Die Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen verlangen ~~ein Umsteuern. Zugleich ist unser Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend, dass ein blindes Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig ist. Wenn wir es jetzt aber klug anstellen, können wir unser Wirtschafts- und Finanzsystem neu eichen. Wir können eine sozial-ökologische Marktwirtschaft in Europa begründen, die Wohlstand und Wachstum mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient.~~eine Abkehr vom Wachstumsdogma. Zugleich ist unser Verständnis von dem, was Wohlstand ist, im Wandel. Menschen bezweifeln zunehmend, dass ein blindes Wachstum, das zu großen sozialen und ökologischen Problemen führt, richtig ist. Wir müssen jetzt unsere Wirtschaftsweise so umstrukturieren, dass sie mit den planetaren Grenzen, den international vereinbarten ökologischen Zielen und den Klimazielen vereinbar ist. Dies bedeutet auch, die Bedürfnisse der Menschen wieder in den Mittelpunkt zu stellen und so Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Wohlstand miteinander zu versöhnen. Durch eine kluge Suffizienzpolitik, die sich an den planetaren Grenzen orientiert und gleichzeitig sozial gerecht ist, können wir eine höhere Lebensqualität für alle erreichen. Sie ist Ausgangspunkt für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die zukunftsfähige Jobs schafft,

Begründung

Dass eine Entkopplung von Wirtschaftswachstum einerseits und Ressourcenverbrauch und Emissionen andererseits extrem unrealistisch ist, ist spätestens seit dem Bericht “Die Grenzen des Wachstums” (1972) vom Club of Rome aber auch in aktuellen Studien hinreichend belegt [1, 2, 3, 4]. Daher hat auch schon das Umweltbundesamt 2018 auf die Notwendigkeit von Postwachstumsstrategien hingewiesen [5].

1: Diab, Khaled (2019.): ‘Decoupling Debunked – Evidence and Arguments against Relying on Green Growth’. EEB - The European Environmental Bureau, Text abrufbar unter:https://eeb.org/decoupling-debunked1/ (Zugriff am 26.4.2021).

2: Kan, Siyi/Chen, Bin/Chen, Guoqian (2019): Worldwide Energy Use across Global Supply Chains: Decoupled from Economic Growth? In: Applied Energy, 250, 1235–1245.

3: Csereklyei, Zsuzsanna/Stern, David I. (2015): Global Energy Use: Decoupling or Convergence? In: Energy Economics, 51, 633–641.

4: Jackson, R. B./Quéré, C. Le/Andrew, R. M./Canadell, J. G./Korsbakken, J. I./Liu, Z./Peters, G. P./ Zheng, B. (2018): Global Energy Growth Is Outpacing Decarbonization. In: Environmental Research Letters, IOP Publishing, 13 (12), 120401.

5: Örtl, Elke (2018): Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen. Umweltbundesamt. Text abrufbar unter:https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/vorsorgeorientierte-postwachstumsposition (Zugriff am 26.4.2021).

weitere Antragsteller*innen

Laszlo Barrena (KV Leipzig); Markus Weizel (KV Chemnitz); Jonas Wübbenhorst (KV Dresden); Linus Bauer (KV Leipzig); Tom Fabian Knebel (KV Dresden); Marc Schneider (KV Dresden); Pit Kludig (KV Dresden); Margarete Rödel (KV Chemnitz); Anne Katrin Rußeck (KV Dresden); Nils Rübelmann (KV Dresden); Fabiola Schaible (KV Dresden); Anne Kämmerer (KV Leipzig); Lucas Gubsch (KV Dresden); Andreas Spranger (KV Leipzig); Kurt Uhlemann (KV Leipzig); Claire Carlson (KV Leipzig); Charlotte Plagemann (KV Leipzig); Charlotte Lange (KV Chemnitz); Erik Neubert (KV Chemnitz); Heinrich Rödel (KV Chemnitz); Carl-Niklas Lempert (KV Dresden); Thea Bernsmann (KV Leipzig)